

Medienspiegel zur Medienmitteilung der RegioTriRhena vom 12. Juni 2020

Corona am Oberrhein: im Dilemma zwischen Schutzmassnahmen und der Forderung nach offenen Grenzen - grenzüberschreitende Zusammenarbeit hat Verbesserungspotential

Print

Badische  Zeitung

Dienstag, 16. Juni 2020

Die Dreiländerregion soll aus der Krise lernen

Das Netzwerk Regio-Trirhena will, dass die Wirtschaft in der Region besser für Ausnahmesituationen gerüstet wird / Forderung nach Beschäftigungsprogrammen

KREIS LÖRRACH (BZ). Die wegen der Corona-Pandemie geschlossenen Grenzen in der deutsch-französisch-schweizerischen Grenzregion haben zu zahlreichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bruchstellen geführt – so heißt es in einer Pressemitteilung der Regio-Tri-Rhena. Das Netzwerk zur Stärkung der Wirtschaft, in dem unter anderem die Industrie- und Handelskammer (IHK) Hochrhein-Bodensee, die Handelskammer bei der Basel, die Universität Basel, der Euroairport sowie die Stadt Weil am Rhein zusammenarbeiten, fordert deshalb, Lehren aus der Corona-Krise zu ziehen und die Zusammenarbeit weiterzuentwickeln.

Die geschlossenen Grenzen im Dreiländereck haben zahlreiche negative Auswirkungen gehabt: Familien und Paare seien getrennt worden, der öffentliche Verkehr habe gravierende Einschränkungen erfahren, der wirtschaftliche Austausch sei enorm erschwert worden und Begegnungen im Nachbarland seien unmöglich geworden. „Ursache waren hauptsächlich die Maßnahmen auf nationaler Ebene in Deutschland, Frankreich und der Schweiz, welche die speziellen Bedürfnisse der langjährig zusammengewachsenen Dreiländerregion am Oberrhein nicht berücksichtigten“, heißt es in dem Schreiben.

Gefehlt hätten Vorgaben und Verfahren für ein trinationales Krisenmanagement und ein koordiniertes grenzüberschreitendes Vorgehen. Die Regio-Trirhena fordert daher, dass Lehren aus der Corona-Krise gezogen werden und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf den Prüfstand gestellt wird. Gleichzeitig sei es wichtig, den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Grenzregion zu fördern, um der Tendenz zu Nationalisierung und Protektionismus entgegenzuwirken. Gefordert wird unter anderem die Einsetzung einer Task-Force „Corona und trinationaler Arbeitsmarkt“ mit Vertretern aus Politik und Wirtschaft

der lokalen Ebene und der nationalen Behörden. Zudem soll es ein Mobilitätskonzept für Grenzgänger geben, um die Personenfreizügigkeit im Krisen- und Katastrophenfall sicherzustellen.

Grenzüberschreitende Wirtschaftsnetzwerke und regionale und lokale Wertschöpfungsketten sollen gefördert werden. Zudem soll ein trinationaler Investitionsfonds aufgelegt werden. Fördermittel aus dem Programm Interreg Oberrhein sollen für grenzüberschreitende Beschäftigungsprojekte bereitgestellt werden. Außerdem fordert das Netzwerk die Förderung der grenzüberschreitenden beruflichen Bildung und Weiterbildung.

Für ältere Grenzgänger, die ihre Stelle aufgrund der Rezession verlieren, fordert die Regio-Trirhena Unterstützung bei der Aus- und Fortbildung und Umschulung mit Blick auf die Jobsuche im Nachbarland. Außerdem sollen Rahmenbedingungen geschaffen werden, um Grenzgänger im Falle von Homeoffice bei Steuern oder Sozialversicherungen nicht zu benachteiligen. Gefordert wird auch eine Verpflichtung auf staatlicher Ebene, Grenzgänger im Krisenfall nicht im eigenen Land zurückzubehalten. Eine Kommunikations-offensive soll entwickelt werden, um die Bedeutung des grenzüberschreitenden Arbeitsmarkts aufzuzeigen.

Online

Die Oberbadische

Freitag, 12. Juni 2020

Innovativ aus der Krise hervorgehen



Diessseits und jenseits des Rheins braucht es innovative Wirtschaftsprojekte nach der Pandemie. Foto: Archiv Foto: Die Oberbadische

Die Pandemie mit den geschlossenen Grenzen in der deutsch-französisch-schweizerischen Grenzregion hat zu wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bruchstellen geführt. Daher fordert die RegioTriRhena in einer Mitteilung, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit innovativ und nachhaltig weiterzuentwickeln.

Regio. Das triregionale Wirtschafts-Netzwerk verlangt eine Einsatzgruppe „Corona und trinationaler Arbeitsmarkt“ mit Vertretern aus Politik und Wirtschaft der lokalen Ebenen und mit Vertretern der nationalen Behörden, um bis Ende dieses Jahres einen Bericht mit Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen zu erarbeiten.

Zudem soll laut Schreiben ein Mobilitätskonzept für Grenzgänger erarbeitet werden, um die Personenfreizügigkeit im Krisen- und Katastrophenfall sicherzustellen.

Netzwerke fördern

Grenzüberschreitende Wirtschaftsnetzwerke sowie regionale und lokale Wertschöpfungsketten, deren Fortbestand auch im Krisenfall und bei einer Schließung der Grenzen sichergestellt werden kann, sollen gefördert werden.

RegioTriRhena wünscht sich auch einen trinationalen Investitionsfonds für grenzüberschreitende, innovative Vorhaben und Infrastrukturprojekte, welche die Attraktivität der Grenzregion und damit deren Arbeitsmarkt stärken. Dafür sollen Fördermittel aus dem Programm Interreg Oberrhein für grenzüberschreitende Arbeitsprojekte bereitgestellt werden, wie es weiter heißt.

Zu den Forderungen der Vereinigung gehören unter anderem die Förderung der grenzüberschreitenden beruflichen Bildung und Weiterbildung. Dabei müssen die Digitalisierung, die Mehrsprachigkeit und der Wandel der regionalen Wirtschaftsstruktur berücksichtigt werden.

Wichtig erscheint es auch, einen Maßnahmenplan für ältere Grenzgänger zu entwickeln, die ihre Stelle aufgrund der aktuellen Rezession verlieren, und Stellensuchende bei der Aus- und Fortbildung und Umschulung im Hinblick auf die Jobsuche im Nachbarland zu unterstützen.

Dazu müssen rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, um Grenzgänger im Falle des Home- Office nicht im Bereich der Steuern oder Sozialversicherungen zu benachteiligen.

Die RegioTriRhena richtet laut Mitteilung diese Erklärung an die Akteure aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft aus den drei Teilregionen Südsass, südlicher Oberrhein und Nordwestschweiz und bietet sich als Ansprechpartner an.

Die vergangenen Wochen und die geschlossenen Grenzen in der Dreiländerregion am Oberrhein haben zu zahlreichen negativen Auswirkungen geführt: zwischenmenschliche Beziehungen waren entzweit, Familien und Paare wurden getrennt, der öffentliche grenzüberschreitende Verkehr hat gravierende Einschränkungen erfahren, der wirtschaftliche Austausch wurde enorm erschwert und Freizeitaktivitäten und Begegnungen im Nachbarland wurden verunmöglicht.

Ursache waren laut Mitteilung hauptsächlich die Maßnahmen auf nationaler Ebene in Deutschland, Frankreich und der Schweiz, welche die speziellen Bedürfnisse der langjährig zusammengewachsenen Dreiländerregion am Oberrhein nicht berücksichtigt haben. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit habe zwar während der Pandemie den Gedanken der Solidarität und der gutnachbarschaftlichen Zusammenarbeit gelebt. Gefehlt hätten jedoch insbesondere Vorgaben und Verfahren für ein trinationales Krisenmanagement und ein koordiniertes Vorgehen, kritisiert die Vereinigung.

Podiumsdiskussion

Mit einer gemeinsamen Podiumsdiskussion werden Vertreter der Wirtschaft und Politik aus der RegioTriRhena mit Brigitte Klinkert, Dorothee Störr-Ritter, Kathrin Amacker und Bürgermeister Joachim Schuster am 16. Juli um 18 Uhr in Neuenburg am Rhein die dargestellten Vorschläge und Perspektiven diskutieren. Die RegioTriRhena versteht sich als das Netzwerk zur Stärkung der Wirtschaft und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Dreiländereck Freiburg - Colmar - Mulhouse - Basel. Übergeordnetes Ziel ist es, die trinationale Region zu stärken, um im Wettbewerb der europäischen Regionen besser bestehen zu können.



Samstag, 13. Juni 2020

Verbesserungen für Grenzgänger gefordert

Die Regiogesellschaften im Dreiländereck fordern als Lehre aus der Corona-Krise eine Reihe von Maßnahmen für Grenzgänger. Alle staatlichen Ebenen müssten dabei mithelfen, die Krise zu überwinden und die grenzüberschreitende Lebensweise zu wahren. Die RegioTriRhena, die Regio Basiliensis und die RegioGesellschaft Schwarzwald-Oberrhein haben deshalb einen Zehn-Punkte-Plan vorgelegt: Darin fordern sie unter anderem ein Mobilitätskonzept für den Fall von Grenzschließungen, einen grenzüberschreitenden Innovationsfond zur Stärkung der Grenzregion und die Förderung der grenzüberschreitenden Berufsbildung. Nach Ansicht der Regiogesellschaften braucht es auch Gesetzesänderungen, damit Grenzgänger bei der Arbeit im Home Office bei Steuern und Sozialversicherungen nicht benachteiligt werden.

— Internetzeitung —
REGIOTRENDS

Freitag, 12. Juni 2020

16. Juli: "Corona am Oberrhein: Im Dilemma zwischen Schutzmaßnahmen und Forderung nach offenen Grenzen"

RegioGesellschaft lädt zu Podiumsdiskussion nach Neuenburg ein

Die aktuelle Pandemie mit den geschlossenen Grenzen in der deutsch-französisch-schweizerischen Grenzregion hat zu zahlreichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bruchstellen geführt. Daher fordert die RegioTriRhena, die Lehren aus der

Corona-Krise zu ziehen und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit innovativ und nachhaltig weiterzuentwickeln.

Die letzten Wochen und die geschlossenen Grenzen in der Dreiländerregion am Oberrhein haben zu zahlreichen negativen Auswirkungen geführt: zwischenmenschliche Beziehungen waren entzweit, Familien und Paare wurden getrennt, der öffentliche grenzüberschreitende Verkehr hat gravierende Einschränkungen erfahren, der wirtschaftliche Austausch wurde enorm erschwert und Freizeitaktivitäten und Begegnungen im Nachbarland wurden verunmöglicht. Ursache waren hauptsächlich die Massnahmen auf nationaler Ebene in Deutschland, Frankreich und der Schweiz, welche die speziellen Bedürfnisse der langjährig zusammengewachsenen Dreiländerregion am Oberrhein nicht berücksichtigt haben.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit hat zwar während der Pandemie den Gedanken der Solidarität und der gutnachbarschaftlichen Zusammenarbeit gelebt. Gefehlt haben jedoch insbesondere Vorgaben und Verfahren für ein trinationales Krisenmanagement und ein koordiniertes grenzüberschreitendes Vorgehen.

Die RegioTriRhena fordert daher, dass die Lehren aus der Corona-Krise gezogen werden und dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf den Prüfstand gestellt wird. Gleichzeitig ist es wichtig, den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Grenzregion zu fördern, um der aktuellen Tendenz zu Nationalisierung und Protektionismus entgegenzuwirken.

Die RegioTriRhena hat zum Thema Corona und Arbeitsmarkt mit der beiliegenden Erklärung erste Handlungsempfehlungen verabschiedet. Mit einer gemeinsamen Podiumsdiskussion werden Vertreter der Wirtschaft und Politik aus der RegioTriRhena u.a. mit Brigitte Klinkert, Dorothee Störr-Ritter, Kathrin Amacker und Bürgermeister Joachim Schuster am 16. Juli 2020 um 18 Uhr in Neuenburg am Rhein (D) die dargestellten Vorschläge und Perspektiven diskutieren.

Gemeinsame Erklärung zu Corona und grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt: "Aus der Krise lernen - gewonnene Erkenntnisse in einer Grenzgänger-Agenda umsetzen":

Die Corona-Pandemie stellt eine beispiellose Herausforderung für die Region Oberrhein dar. Sie erfordert aus unserer Sicht dringendes, entschlossenes und umfassendes Handeln auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene sowie auf Ebene der EU. Einerseits muss alles Notwendige unternommen werden, um die Bürgerinnen und Bürger zu schützen und die Krise zu überwinden und zugleich unsere gemeinsamen Werte und unsere grenzüberschreitende Lebensweise zu wahren.

Wir bekunden unser tief empfundenes Mitgefühl mit den Opfern der Pandemie und ihren Familien. Wir würdigen das Engagement und den unermüdlichen Einsatz der Angehörigen der Gesundheitsberufe, die an vorderster Front gegen den Krankheitsausbruch kämpfen und für den Beitrag derjenigen, die grundlegende Dienstleistungen für die Bevölkerung erbringen.

Wir danken den politischen Akteuren für ihr ausserordentliches Engagement, insbesondere auch für ihren aktiven Einsatz für den Transfer von Patienten ins Nachbarland und für die grenzüberschreitenden Lieferungen von Schutzmaterial.

Corona hat den Arbeitsmarkt in der Dreiländerregion, der von zahlreichen Grenzgängerinnen und Grenzgängern lebt, stark unter Druck gesetzt. So viele Betriebe und Menschen wie nie sind von Kurzarbeit betroffen und die Zahl der Stellensuchenden ist aufgrund der Pandemie stark gestiegen. Wir, das Präsidium der RegioTriRhena, fordern vor diesem Hintergrund die Entwicklung und Umsetzung einer deutsch-französisch-schweizerischen Grenzgänger-Agenda mit einem Aktionsplan und einen Strategieprozess zum grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt und sprechen uns für folgende Massnahmen aus:

Task-Force einsetzen:

- Einsetzung einer Task-Force «Corona und trinationaler Arbeitsmarkt» mit Vertretern aus Politik und Wirtschaft der lokalen Ebene und Vertretern der nationalen Behörden, um bis Ende 2020 einen Bericht mit Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen zu erarbeiten.

Mobilität der Grenzgänger sicherstellen:

- Erarbeitung eines Mobilitätskonzepts für Grenzgängerinnen und Grenzgänger, um die Personenfreizügigkeit im Krisen- und Katastrophenfall sicherzustellen, und zwar insbesondere auch für den Fall von Grenzschiessungen.

Finanzierungs-Netzwerke und -Instrumente fördern

- Förderung von grenzüberschreitenden Wirtschaftsnetzwerken und regionalen und lokalen Wertschöpfungsketten, deren Fortbestand auch im Krisenfall und bei einer Schliessung der Grenzen sichergestellt werden kann.
- Schaffung eines trinationalen Investitionsfonds für grenzüberschreitende innovative Vorhaben und Infrastrukturprojekte, welche die Attraktivität der Grenzregion und damit deren Arbeitsmarkt stärken. Bereitstellung von Fördermitteln aus dem Programm Interreg Oberrhein für grenzüberschreitende Beschäftigungsprojekte.

Bildung, Weiterbildung und Stellensuche unterstützen:

- Förderung der grenzüberschreitenden beruflichen Bildung und Weiterbildung, um den Arbeitsmarkt zu stärken, und zwar unter Berücksichtigung der Digitalisierung, der Mehrsprachigkeit und des Wandels der regionalen Wirtschaftsstruktur.
- Entwicklung eines Massnahmenplans für ältere Grenzgängerinnen und Grenzgänger, welche ihre Stelle aufgrund der aktuellen Rezession verlieren und allgemein Unterstützung für Stellensuchende bei der Aus- und Fortbildung und Umschulung im Hinblick auf die Jobsuche im Nachbarland.

Rechtliche Grundlagen für Grenzgänger anpassen:

- Schaffung von rechtlichen Rahmenbedingungen, um Grenzgänger und Grenzgängerinnen im Falle des Home Office nicht im Bereich der Steuern oder Sozialversicherungen zu benachteiligen.
- Gegenseitige Verpflichtung der drei Länder auf staatlicher Ebene, Grenzgänger im Krisenfall nicht für Arbeiten im eigenen Land «zurückzubehalten».

Monitoring und Kommunikation:

- Aufbau einer trinationalen Arbeitsmarktbeobachtung auf Basis des bestehenden Monitorings von EURES-T Oberrhein und des Instruments «Georhena» mit adäquaten Informationen und handlungsbezogenem Wissen sowie einer wissenschaftlichen Begleitung.
- Entwicklung einer Kommunikationsoffensive in der Grenzregion, um die Bedeutung des grenzüberschreitenden Arbeitsmarkts aufzuzeigen und um gegenüber den Grenzgängerinnen und Grenzgänger Anerkennung und Wertschätzung auszusprechen.

Die RegioTriRhena richtet diese Erklärung an die Akteure aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft aus den drei Teilregionen Südsass, südlicher Oberrhein und Nordwestschweiz und bietet sich als Ansprechpartnerin an, um einen grenzüberschreitenden Dialog und Austausch aufzubauen.

Die RegioTriRhena versteht sich als das Netzwerk zur Stärkung der Wirtschaft und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Dreiländereck Freiburg - Colmar - Mulhouse - Basel. Übergeordnetes Ziel ist es, die trinationale Region zu stärken, um im Wettbewerb der europäischen Regionen besser bestehen zu können.

Das Präsidium der RegioTriRhena.